

§ 3 Nr. 64

[Auslandszuschläge, Kaufkraftausgleich]

idF des EStG v. 8.10.2009 (BGBl. I 2009, 3366; BStBl. I 2009, 1346)

Steuerfrei sind

...

64. bei Arbeitnehmern, die zu einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts in einem Dienstverhältnis stehen und dafür Arbeitslohn aus einer inländischen öffentlichen Kasse beziehen, die Bezüge für eine Tätigkeit im Ausland insoweit, als sie den Arbeitslohn übersteigen, der dem Arbeitnehmer bei einer gleichwertigen Tätigkeit am Ort der zahlenden öffentlichen Kasse zustehen würde. ²Satz 1 gilt auch, wenn das Dienstverhältnis zu einer anderen Person besteht, die den Arbeitslohn entsprechend den im Sinne des Satzes 1 geltenden Vorschriften ermittelt, der Arbeitslohn aus einer öffentlichen Kasse gezahlt wird und ganz oder im Wesentlichen aus öffentlichen Mitteln aufgebracht wird. ³Bei anderen für einen begrenzten Zeitraum in das Ausland entsandten Arbeitnehmern, die dort einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, ist der ihnen von einem inländischen Arbeitgeber gewährte Kaufkraftausgleich steuerfrei, soweit er den für vergleichbare Auslandsdienstbezüge nach § 55 des Bundesbesoldungsgesetzes zulässigen Betrag nicht übersteigt;

...

Autor: Jens **Intemann**, Richter am FG, Hannover

Mitherausgeber: Dr. Winfried **Bergkemper**, Richter am BFH, München

Inhaltsübersicht

A. Allgemeine Erläuterungen zu Nr. 64

Anm.

Anm.

I. Rechtsentwicklung 1 | II. Bedeutung der Vorschrift . 2

B. Steuerbefreiung für Auslandsbedienstete im öffentlichen Dienst (Satz 1) 3

C. Auslandsbedienstete anderer Personen (Satz 2) 4

D. Steuerbefreiung für andere Arbeitnehmer (Satz 3) 5

A. Allgemeine Erläuterungen zu Nr. 64

1

I. Rechtsentwicklung

EStRG v. 5.8.1974 (BGBl. I 1974, 1769; BStBl. I 1974, 530): Die StBefreiung für Auslandszuschläge und Kaufkraftausgleich wird ins EStG aufgenommen, nachdem bisher Verwaltungsvorschriften eine vergleichbare Regelung vorsahen.

StÄndG 1977 v. 16.8.1977 (BGBl. I 1977, 1586; BStBl. I 1977, 442): Die Verweisung auf das BBesG wird geändert.

StBereinG 1986 v. 19.12.1985 (BGBl. I 1985, 2436; BStBl. I 1985, 735): Als Folgeänderung wird die StBefreiung auf ArbN ausgedehnt, die nach § 1 Abs. 3 unbeschr. stpfl. sind.

StÄndG 1992 v. 25.2.1992 (BGBl. I 1992, 297; BStBl. I 1992, 146): Die Beschränkung der StBefreiung auf nach § 1 Abs. 2 und 3 unbeschr. Stpfl. wird aufgehoben. Es sollen auch beschr. Stpfl. in den Genuss der StBefreiung kommen.

StÄndG 2001 v. 20.12.2001 (BGBl. I 2001, 1046; BStBl. I 2002, 4): Die StBefreiung wird durch Einfügung eines neuen Satzes 2 auf Bedienstete bestimmter privater Einrichtungen erweitert. Damit soll das Auslandsengagement von Stiftungen und Vereinen gefördert werden.

DNeuG v. 5.2.2009 (BGBl. I 2009, 160): Das BBesG wurde mit dem Gesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesbeamtenrechts (DNeuG) grundlegend überarbeitet. Der bisher in § 7 und § 54 BBesG geregelte Kaufkraftausgleich ist nunmehr in § 55 zusammengefasst kodifiziert worden (BTDrucks. 16/7076, 145). Daher erfolgte in Nr. 64 eine rein redaktionelle Anpassung des Verweises auf das BBesG. Die Neuregelung gilt nach Art. 17 Abs. 9 DNeuG ab dem 1.7.2010.

2

II. Bedeutung der Vorschrift

Zweck der Vorschrift: Auslandszuschläge und Kaufkraftausgleich werden gezahlt, um den Mehraufwand auszugleichen, der durch das Leben im Ausland entsteht. Nr. 64 stellt eine Ausgrenzungsbefreiung dar, weil die Zahlungen die Leistungsfähigkeit zwar nominell, jedoch nicht faktisch erhöhen (VON BECKERATH in KSM, § 3 Rn. B 64/33; ERHARD in BLÜMICH, § 3 Nr. 64 Rn. 1). Mit der Zulage sollen die höheren Lebenshaltungskosten, die im Ausland entstehen, ausgeglichen werden, damit der Stpfl. im Ausland dieselben Lebensbedingungen wie in Deutschland beibehalten kann. Daher führt die Zahlung der Zulagen tatsächlich zu keiner Erhöhung der Leistungsfähigkeit, so dass die StBefreiung uE gerechtfertigt ist. Die mit den stfreien Bezügen in Zusammenhang stehenden WK sind gem. § 3c Abs. 1 anteilig zu kürzen (BFH v. 11.2.1993 – VI R 66/91, BStBl. II 1993, 450; v. 19.1.1996 – VI R 77/94, BFH/NV 1996, 541; v. 28.4.2005 – VI B 179/04, BFH/NV 2005, 1303; v. 31.5.2005 – VI B 93/04, BFH/NV 2005, 1555).

Verfassungsrechtliche Bedenken: Die Befreiungsvorschrift stößt mit Blick auf den Gleichheitssatz gem. Art. 3 GG auf verfassungsrechtl. Bedenken. Die Beschränkung der StBefreiung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ist sachlich nicht gerechtfertigt (s. § 3 Allg. Anm. 22). Ebenso lässt sich nicht rechtfertigen, dass bei ArbN des öffentlichen Dienstes alle Auslandsbezüge stbefreit

werden, während das Gesetz die StFreistellung für ArbN der Privatwirtschaft auf den Kaufkraftausgleich beschränkt (glA TORMÖHLEN in KORN, § 3 Nr. 64 Rn. 4). Missbräuchlichen Gestaltungen in der Privatwirtschaft könnte ausreichend mit einer Begrenzung der StBefreiung auf die im öffentlichen Dienst zulässigen Auslandszulagen begegnet werden (glA VON BECKERATH in KSM, § 3 Rn. B 64/36).

Zu weiteren verfassungsrechtl. Bedenken s. LANG, StuW 1974, 307; PELKA, DStJG 5 (1982), 209 (230); VON BECKERATH in KSM, § 3 Rn. B 64/34 ff.

Europarechtlichen Bedenken ist die Vorschrift uE ausgesetzt, weil die StFreiheit an die Voraussetzung geknüpft wird, dass ein Anstellungsverhältnis zu einem inländ. ArbG besteht und der Arbeitslohn von einer inländ. Kasse gezahlt wird. Darin könnte eine mittelbare Beschränkung der Grundfreiheiten aus dem EG-Vertrag gesehen werden, weil der Wechsel zu einem ausländ. ArbG (zB einer ausländ. Tochtergesellschaft) indirekt diskriminiert wird. Allerdings hat der EuGH auf Vorlage des FG Ba.-Württ. v. 21.12.2009 (6 K 2260/09, EFG 2010, 1421) entschieden, dass die Vorschrift insoweit nicht gegen Europarecht verstößt, als eine in Deutschland für den französischen Staat arbeitende Beamtin für die ihr gewährten Zulagen nicht in den Genuss der StBefreiung des § 3 Nr. 64 kommt (EuGH v. 15.9.2011 – C-240/10, IStR 2011, 806). Die Vorschrift ist nämlich seinem Wesen nach nicht auf in Deutschland, sondern nur auf außerhalb Deutschlands tätige Stpfl. anwendbar. Es fehlt an der Vergleichbarkeit der Situation des im Inland tätigen Stpfl. mit der Situation des Stpfl., der außerhalb Deutschlands arbeitet, denn während die dem ausländ. Stpfl. für seine Tätigkeit in Deutschland gezahlte Zulage die Leistungsfähigkeit steigert, erhöht die nach § 3 Nr. 64 stbefreite Zulage die Leistungsfähigkeit des außerhalb Deutschlands tätigen Stpfl. nicht (EuGH v. 15.9.2011 – C-240/10, IStR 2011, 806). Ein Verstoß gegen die europäische Grundfreiheit der Freizügigkeit der Unionsbürger (Art. 45 AEUV) liegt daher nicht vor (VON BECKERATH in KIRCHHOF XII. § 3 Rn. 170). Mit dieser Entsch. ist uE aber noch nicht die Frage beantwortet, ob der von § 3 Nr. 64 geforderte Inlandsbezug (s.o.) europarechtskonform ist (aA offenbar HEINICKE in SCHMIDT XXXII. § 3 „Kaufkraftausgleich“: Beschränkung auf inländ. Kassen nicht europarechtswidrig).

B. Steuerbefreiung für Auslandsbedienstete im öffentlichen Dienst (Satz 1)

3

Arbeitnehmer einer inländischen juristischen Person: Die StBefreiung nach Satz 1 setzt voraus, dass ein ArbN in einem Dienstverhältnis zu einer inländ. juristischen Person des öffentlichen Rechts steht. Daher fallen Auslandslehrer nicht unter die StBefreiung, wenn sie ihre Tätigkeit im Ausland auf der Grundlage eines Dienstvertrags mit einem ausländ. Schulträger ausüben, selbst soweit sie Ausgleichszahlungen vom Bundesverwaltungsamt erhalten (BFH v. 14.11.1986 – VI R 209/82, BStBl. II 1989, 351).

Arbeitslohn aus inländischen öffentlichen Kassen: Der ArbN muss seinen Arbeitslohn von einer inländ. öffentlichen Kasse für eine Tätigkeit im Ausland erhalten. Die Zahlung von Tagegeldern durch die EU-Kommission an einen deutschen Beamten, den der deutsche Dienstherr der EU-Kommission als Sachverständigen zugewiesen hat, ist nicht stbefreit, weil sie nicht von einer inländ. Kasse stammt (BFH v. 15.3.2000 – I R 28/99, BStBl. II 2002, 238).

Rechtsfolge: Steuerbefreit sind die Bezüge, soweit sie den Arbeitslohn übersteigen, der im Inland für eine vergleichbare Tätigkeit gezahlt werden würde. Zu den begünstigten Auslandsdienstbezügen rechnen der Auslandszuschlag (§ 53 BBesG), der Auslandskinderzuschlag (bis 30.6.2010 § 56 BBesG), der Mietzuschuss (§ 54 BBesG), die Zulage für besondere Erschwernisse (§ 47 BBesG) sowie der nach § 56 BBesG gezahlte Auslandsverwendungszuschlag (BFH v. 28.4.2005 – VI B 179/04, BFH/NV 2005, 1303; FG Berlin-Brandenb. v. 4.12.2009 – 9 K 9161/07, EFG 2010, 470, rkr.). Darüber hinaus wird ein nach § 55 BBesG (bis 1.7.2010 § 7 und § 54 BBesG, s. auch Anm. 1) gezahlter Kaufkraftausgleich begünstigt. Die Höhe des Zuschlags richtet sich nach dem Ort des Auslandseinsatzes. Die Zuschlagssätze werden nach Ländern geordnet jeweils zu Beginn des Jahres im BStBl. veröffentlicht und vierteljährlich fortgeschrieben (BMF v. 10.1.2013 – IV C 5 - S 2341/12/10002, BStBl. I 2013, 87; zu verfassungsrechtl. Bedenken wegen eines Verstoßes gegen den Gesetzesvorbehalt s. PELKA, DStJG 5 [1982], 209 [230]).

4

C. Auslandsbedienstete anderer Personen (Satz 2)

Satz 2 dehnt die StBefreiung auf Mitarbeiter von privaten Einrichtungen aus, die im Wesentlichen durch öffentliche Mittel finanziert werden. Weitere Voraussetzung ist, dass der Arbeitslohn aus öffentlichen Kassen stammt und nach den Grundsätzen des BBesG ermittelt wird. Nach Sinn und Zweck der Vorschrift muss es sich um einen inländ. ArbG handeln, auch wenn diese Voraussetzung nicht ausdrücl. gesetzlich geregelt ist. Zu den privaten Einrichtungen gehören das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., die Max-Planck-Gesellschaft, das Goethe-Institut, der DAAD, der Deutsche Entwicklungsdienst und die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (BTDrucks. 14/6877, 3).

5

D. Steuerbefreiung für andere Arbeitnehmer (Satz 3)

Satz 3 erstreckt die StBefreiung auf ArbN der Privatwirtschaft.

Entsendung ins Ausland: Eine Entsendung des ArbN liegt vor, wenn er aus dem Inland kommend im Ausland tätig wird. Eine Anwerbung in dem Staat, in dem der ArbN tätig werden soll, ist nicht ausreichend, während eine Anwerbung in einem Drittstaat zu einem Auslandseinsatz in einem anderen Staat begünstigt wird (glA VON BECKERATH in KSM, § 3 Rn. B 64/93).

Begrenzter Zeitraum: Die Entsendung erfolgt für einen begrenzten Zeitraum, wenn bei Beginn der Entsendung die Rückkehr des ArbN vorgesehen ist (ERHARD in BLÜMICH, § 3 Nr. 64 Rn. 2; VON BECKERATH in KIRCHHOF XI. § 3 Rn. 170). Ob der ArbN später tatsächlich zurückkehrt, ist für die Gewährung der StBefreiung unerheblich (R 3.64 Abs. 1 Satz 3 LStR).

Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Ausland: Der ArbN muss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland innehaben. Damit soll wohl sichergestellt werden, dass nur diejenigen ArbN begünstigt werden, die ihren Lebensbedarf tatsächlich im Ausland decken müssen (VON BECKERATH in

KSM, § 3 Rn. B 64/95). Die Beibehaltung eines (weiteren) Wohnsitzes im Inland ist unschädlich.

Vom inländischen Arbeitgeber gewährter Kaufkraftausgleich: Bei anderen ArbN wird nur ein vom ArbG tatsächlich gezahlter Kaufkraftausgleich stfrei gestellt. Voraussetzung ist, dass ein besonderer Lohnbestandteil neben einem fiktivem inländ. Lohn gewährt wird, ohne dass es allerdings auf die ausdrückliche Bezeichnung als Kaufkraftausgleich ankommen würde. Andere Leistungen zum Ausgleich höherer Aufwendungen des Auslandsaufenthalts werden nicht begünstigt.

Inländischer ArbG ist nur, wer im Inland seinen Wohnsitz, seinen gewöhnlichen Aufenthalt, Geschäftsführung oder Sitz, eine Betriebsstätte oder einen ständigen Vertreter iSv. §§ 8–13 AO hat (vgl. § 38 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1). Wird der ArbN dagegen von einer ausländ. Tochtergesellschaft angestellt, entfällt die StBefreiung.

Umfang der Steuerbefreiung: Die StBefreiung ist auf den Betrag begrenzt, der nach § 55 BBesG (bis 30.6.2010 § 54 BBesG) für vergleichbare Auslandsdienstbezüge im öffentlichen Dienst gezahlt werden könnte. Da es an vergleichbaren Bezugsgrößen in der Privatwirtschaft mangelt, wird der stfreie Teil durch einen Abschlagsatz bezogen auf den Gesamtlohn ermittelt (zu Einzelheiten s. R 3.64 Abs. 5 LStR). Übersteigt der durch den Abschlagsatz ermittelte Betrag den tatsächlich gezahlten Kaufkraftausgleich, wird nur der niedrigere Betrag stbefreit (ERHARD in BLÜMICH, § 3 Nr. 64 Rn. 4).

§ 3 Nr. 64